

Datum 20.05.2008
Quelle Süddeutsche Zeitung, München, Seite 5
Schlagwörter "Brunnhuber, Georg", "Bundestagsabgeordnete", "Bülow, Marco", "Danckert, Peter", "Deutschland", "Diäten", "Romer, Franz-Xaver", "Schäfer, Axel", "Sozialdemokratische Partei Deutschlands", "Strässer, Christoph", "Wicklein, Andrea", "Wiefelspütz, Dieter"

Zweifel an Diätenerhöhung

Immer mehr SPD-Abgeordnete lehnen Gesetzentwurf ab

Von Stefan Braun und Susanne Höll

Berlin - In der SPD-Bundestagsfraktion bröckelt die Unterstützung für die in der Öffentlichkeit unpopuläre neuerliche Erhöhung der Parlamentarier-Diäten. Etliche Abgeordnete sagten zur Halbzeit der Bundestags-Pfingstpause und nach Gesprächen in ihren Wahlkreisen, sie wollten die vor zwei Wochen in der Fraktion beschlossene Anhebung nicht mehr mittragen. In der Führung der SPD-Fraktion gilt es inzwischen als nicht mehr ausgemacht, dass bei der Abstimmung im Bundestag eine notwendige Mehrheit zustande kommt: "Noch sieht es nach einer Mehrheit aus, wenn auch eine deutliche Zahl (von SPD-Politikern) dagegen stimmen wird", hieß es. Doch sei die Lage "unübersichtlich", weil die Parlamentarier erst nächste Woche nach Berlin zurückkämen und die Wirkung der öffentlichen Kritik dann deutlich werde.

Mindestens fünf der einflussreichen Sprecher der Ausschuss-Arbeitsgruppen in der SPD-Fraktion lehnen nach Worten des Europapolitik-Sprechers Axel Schäfer die Erhöhung ab. Neben ihm, Schäfer, seien das Dieter Wiefelspütz (Inneres), Christoph Strässer (Menschenrechte), Marco Bülow (Umwelt) und Andrea Wicklein (Aufbau Ost). Schäfer berichtete zudem von neuen Beschlüssen kommunaler Parteigliederungen in Nordrhein-Westfalen gegen die Erhöhung. Ein entsprechendes Votum wolle der Unterbezirk Bochum fällen. Schäfer sagte, die mit 54 Abgeordneten größte SPD-Landesgruppe im Bundestag wolle kommenden Montag abermals über ihr Vorgehen beraten. Auch die mit 46 Abgeordneten zweitgrößte Landesgruppe der ostdeutschen Parlamentarier trifft sich am kommenden Dienstag zu einer Sondersitzung. Unruhe gibt es zudem in der ostdeutschen SPD. Der Brandenburger Landesgruppenvorsitzende Peter Danckert sagte, er und die Hälfte der zehn Parlamentarier umfassenden Gruppe seien gegen die Anhebung. Er selbst lehne eine lineare Erhöhung für Spitzenbeamte ebenso ab wie für Bundestagsabgeordnete.

In der Unionsfraktion gibt es - zumindest derzeit - noch kein Aufbegehren. Deren Führung höre zwar von den Sorgen einiger Abgeordneter, die in ihren Wahlkreisen kritisiert würden, hieß es aus Fraktionskreisen. Aber die Entscheidung werde von der Mehrheit der Fraktion getragen. Der Chef aller Landesgruppenvorsitzenden, der Bundestagsabgeordnete Georg Brunnhuber, verteidigte die Erhöhung, die den Abgeordneten bis zum Jahr 2010 insgesamt gut 16 Prozent höhere Bezüge bringen würde. Es sei ein Fehler gewesen, eine Anpassung an die Richtergehälter nicht früher vorzunehmen. Trotzdem sei eine angemessene Bezahlung unverzichtbar. Er plädierte dafür, in der Frage nicht zu weichen. "Wenn wir das jetzt machen, können

wir es gleich vergessen."

Der CDU-Abgeordnete Franz Romer, wie Brunnhuber aus Baden- Württemberg, zeigte dagegen Verständnis für die Kritik. "Nachdem wir erst im Januar mehr Geld bekommen haben, ist das ein bisschen viel auf einmal", sagte er. Im Grundsatz aber stehe er zu dem Beschluss. Man könne nicht beim ersten Protest alles umschmeißen. Romer plädierte dafür, die neue Diätenerhöhung erst 2010 und 2011 wirksam werden zu lassen. Zum einen würde nicht sofort eine neue Erhöhung folgen. Zum anderen würden nicht alle Abgeordneten, die diesmal mitstimmen, selbst davon profitieren.

(c) Süddeutsche Zeitung GmbH, München

